

Stettiner Zeitung.

N° 403.

Morgenblatt. Sonnabend, den 29. August

1868.

Zur deutschen Frage.

Zwar die Schwaben auf dem deutschen Schützenfeste haben es nicht durchgesetzt, daß die deutsche Entwicklung auf Grund der Ereignisse von 1866 gestoppt, wieder rückläufig gemacht werde und selbst auf Seiten Derer, welche ihrer Agitation, soweit dieselbe lediglich gegen Preußen gerichtet ist, ihren Beifall nicht versagen, wird jetzt die Ansicht ausgesprochen, daß in praktischer Folge ihrer Bestrebungen an die Stelle Kleindutschlands ein deutsches Kräfteklientum treten müsse; gleichwohl ist immer noch von einer deutschen Frage zu sprechen und zwar nicht bloß in der Rücksicht auf das noch in Entscheidung der Zukunft vorbehaltene Verhältnis des norddeutschen Bundes zu Süddeutschland. Selbst der Nordbund steht sicherlich noch nicht am Ende seiner Entwicklung; vielmehr dürfte zu erwarten sein, daß, nachdem er hinzüglich bestellt ist, um den Ansprüchen der Nation auf Sicherheit und Wohlhaben zu entsprechen, die Anstrengungen sich geltend machen werden, welche dem rasch aufgeföhnten Gebäude festere Grundlagen, oder wohlbegreifliche Einrichtungen geben wollen. Diesen Zweck verfolgt eine von dem bekannten Grafen Münster herausgegebene Schrift: „Der norddeutsche Bund und dessen Übergang zu einem deutschen Reiche“, welche darauf abzielt, den Bundesstaat, dessen Erhaltung sie in Rücksicht seiner Zusammensetzung für eine Unmöglichkeit erklärt, in einen monarchischen Einheitsstaat, in ein deutsches Reich, mit dem Könige von Preußen, als deutschem König oder Kaiser an der Spitze, umzuwandeln. Die jüngsten Bundesfürsten, rath der Versesser, sollten freiwillig dem Könige von Preußen die deutsche Krone antragen und dann, als geborene Rätte derselben, übrigens mit ziemlich den nämlichen Rechten, welche ihm die jetzige Bundesverfassung gewährt, ein deutsches Fürstentum bilden.

Wegfall des jüngsten Bundesstaats und Bildung eines Reichs-Ministeriums mit einem „Kanzler des deutschen Reichs“ an der Spitze, wären die nächsten, notwendigen Folgen dieser Umwandlung; eine andere Folge natürlich auch die Beseitigung des preußischen Landtags, dessen Herrenhaus zum Theil in das Fürstentum aufgenommen werden würde.

Es ist nicht zu leugnen, daß die Gedanken des Grafen Münster einen großen Schatz von Wahrheit in sich tragen und folgerichtig entwickeln; daß ein Föderalstaat bei so unendlich verschiedenen Machtverhältnissen, wie der norddeutsche Bund sie verbindet, mehr eine Illusion, als eine Wahrheit ist und der Bundestrat, bei der Komplikation seiner politischen Aufgaben das, was er leistet, weniger der Vortrefflichkeit seiner Organisation, als dem Nachdruck der ihm gegebenen Richtung verdankt und daß das Nebeneinanderbestehen von Reichstag und preußischem Landtag zu beweitlicher Grenzstreitigkeit führen muß, wie schon im Jahre 1848 die Rivalität zwischen Frankfurt und Berlin zeigte; andererseits ist aber auch nicht zu leugnen, daß der Übergang zu einem Einheitsstaate nicht eine so leichte Sache ist, wie Graf Münster dies darstellt. Soll aus dem Einheitsstaate etwas Tüchtiges werden, so muß er vor allem eine so kerte und feste Organisation erhalten, wie Preußen sie bereits besitzt. Ehe dies erreicht ist, kann an eine Verringerung der Macht des preußischen Staates nicht gedacht werden, auch wenn die Fürsten, was doch nicht der Fall ist, auf ihre Hoheitsrechte verzichten und unserm Kaiser die Kaiserkrone antragen wollten.

Deutschland.

Berlin, 28. August. (Beid. Korr.) Der politische Horizont Europas ist in neuerer Zeit auch nicht vorübergehend durch eine Welle getrübt worden, und wenn es gleichwohl den Allianzen aller Art gelungen war, in den letzten Wochen viel Staub aufzuwirbeln, so ist der Grund davon lediglich in der Leichtgläubigkeit des großen Publikums zu suchen, welches immer von Neuem wieder sich von politischen Marktschaltern und Stillzäncern nach Art des Herrn Emil von Girardin irre leiten läßt. Wiederholt haben wir darauf aufmerksam gemacht, daß an die Störung des europäischen Friedens durch Frankreich nicht zu denken ist, weil dasselbe keinen Bundesgenossen besitzt und auch nicht die Absicht hat, einen solchen zu finden. In dieser überaus einfachen Thatsache liegt die sicherste Garantie des europäischen Friedens; die französische Regierung wird es niemals unternehmen, ohne einen Ultimatum Preußen und Deutschland anzugreifen. In demselben Sinne äußerte sich kürzlich auch der „Avenir“ bei Besprechung der bekannten Rede des Herrn von Buxteufel auf dem Wiener Schützenfeste, deren friedliche Tendenz das Pariser Journal konstatiert und dann mit der Bemerkung schließt: „Für uns bedarf es der Worte des Herrn von Buxteufel nicht, um überzeugt zu sein, daß wir auf eine österreichische Allianz nicht zu hählen haben; und gerade dieser Umstand gewährt uns Beruhigung. Unsere Isolation ist ein Unter-

— Man schreibt uns aus Paris: Der „Constitutionnel“ fordert in einer sehr eindringlichen Sprache die Geschäftswelt Friedens hinzugeben, da durchaus nichts mehr vorliege, eine hört man nichts Anderes; alle leitenden Staatsmänner protestieren gegen die Unterstellung kriegerischer Projekte des Kaisers. Das jedoch kommt dem Publikum selten zu Ohren; es erfährt es nur durch das Echo der offiziösen Blätter, die jeden Kredit bei ihm verloren haben, und überdem nicht einziger unter einander sind, weil mehrere derselben den Einflüssen der Kriegspartei, noch häufiger aber den Inspirationen der Börsenspekulanten sich zugänglich erwiesen haben. Auf Rechnung dieser leichten fallen namentlich ausschließlich die Kriegsbesorgnisse, welche während der letzten Wochen unter dem hiesigen Publikum verbreitet waren. Daher die Erfolglosigkeit der Anstrengungen des Gouvernements, die

Meinung zu beruhigen. Dazu kommt das merkwürdige Stillschweigen des „Moniteur“. Es lobte sich wahlig der Mühe, sei es auch nur in wenigen Worten, die eben so schmählich als systematischen Heizeren der „Liberé“ und ähnlicher Blätter zu iadeln — aber der „Moniteur“ hält sich in das tiefste Stillschweigen, was natürlicherweise von den Anhängern der Kriegspartei ausgelebt wird, als werde ein doppeltes Spiel gespielt.

— Die Regierung wird dem nächsten Landtag mehrere wichtige Vorlagen machen. Dieselben hoffen sich jedoch noch im Statut der Vorbereitung, und wird über dieselben erst dann definitiv Beschluß gefaßt werden, wenn die Sitzungen des Staats-Ministeriums wieder beginnen.

— Nach unseren Nachrichten wird die Einberufung des Landtags jedenfalls nicht vor der Mitte November d. J. erfolgen.

— Wie wir erfahren, besteht an intendantner Stelle die Absicht, unter allen Umständen in der nächsten Session dem Reichstag eine Vorlage über das Hypotheken-Bantwesen zu machen. Dass darin die Beglaubigung der Hypothekenbriefe durch einen Staatskommisar und die Depositabilität derselben zugestanden werden wird, darf nach unseren Informationen als feststehend betrachtet werden.

— Das Welsenmachwerk: „Wer ist der Feind Deutschlands?“ ist in’s Französische übersetzt worden. Die antipreußischen Blätter thielten bereits Bruchstücke aus demselben mit.

— Die so eben erschienene August-Nummer der Zeitschrift „Krieger-Heil!“ Organ des Central-Comitis des preußischen Vereins zur Pflege im Felde verwundeter und erkrankter Krieger, veröffentlicht das nachstehende Handschreiben Sr. Majestät des Königs an das Central-Comitis des Vereins:

Unter Bezugnahme auf die mir vorgelegte Denkschrift vom 6. v. M. spreche Ich dem Central-Comitis des preußischen Vereins zur Pflege im Felde verwundeter und erkrankter Krieger genau Meinen Dank für diese Vorlage und zugleich den Wunsch aus, daß es den fortgesetzten Bemühungen derselben, unter der, wie Ich nicht zweifle, überall gleich be eitwilligen Mitwirkung Meiner Verbündeten, recht bald gelingen möge, in allen Landesteilen die Bildung wohlgeigneter Provinzial-, Kreis- und Volksvereine zum Abschluß zu bringen, und damit volle Sicherheit für eine, der Aufgabe des Vereins gemäße Wirksamkeit während des Friedens und bei einem künftigen Kriege zu gewinnen.

Bad Ems, am 15. Juli 1868.

Wilhelm.

Die in diesem königlichen Erlass gedachte Denkschrift des Central-Comitis vom 6. Juni d. J. legt, nach der „N. P.“, ausführlich und überzeugend die Notwendigkeit dar, die Hülfeservice nicht erst bei dem Beginn eines künftigen Krieges zu improvisiren, sondern schon im Frieden ihre Organisation sorgfältig zu vollenden, auch ihnen, damit die Teilnahme wach erhalten werde, eine Friedens- & Thätigkeit auf dem Gebiete der bessenden Liebe zu gewähren. Sie geht dann näher auf das Bedürfniß der Fürsorge für die Bereithaltung geübter und bewährter Krankenpflegierinnen ein, wobei sie natürlich den Diakonissen und barmherzigen Schwestern den Vorzug vor anderen Pflegierinnen giebt, ohne diese jedoch auszuschließen, im Gegenteil die Bemühungen J. Maj. der Königin, welche gleichfalls Protektorin des Vereins ist, für deren Heranbildung durch den Berliner Frauen-Lazareth-Verein und verwandte Bestrebungen (zu welchen inzwischen die J. K. H. der Kronprinzessin von Sachsen, nach der Bekanntmachung des Albert-Vereins vom 3. August, hinzugekommen sind) dankbar anerkennend. Auch hier wird, unter Bezugnahme auf Vorgänge im Großherzogthum Hessen und in Mecklenburg, speziell daraus hingewiesen, daß mildtätige Fürsorge der Vereine im Frieden sich auf das Beste fördernd mit der Bereitschaft für den Krieg verbindet. Endlich wird der Beibehaltung der Vereine bei der von der Militär-Verwaltung angeordneten und durch die Erfahrungen von 1866 wohlgebrüderlichen Vorbereitung der Reserve-Lazarethe für den Krieg gedacht und dargeboten, daß die Militär-Verwaltung hierbei keine ökonomischen Opfer, sondern nur eventuelle Verabredungen mit den betreffenden Zweig-Vereinen, bedrohliche Sicherung der Übernahme der Lazarethe für den Kriegsfall, verlange.

Bremen, 27. August. Gestern früh traten kurz nacheinander zwei transatlantische Dampfer auf der Weser ein. Zuerst der norddeutsche Lloyddampfer „Hermann“, der New York am 13. d. verlassen hatte, dann das amerikanische Dampfschiff „Ariel“, am 8. von New York gesegelt. Mit dem Dampfer „Hermann“ ist auch der wegen bedeutender Unterschlagung verfolgte Postdirektor Weßli aus Hamburg von New York zurückgebracht und wird hier Behuflung Auslieferung an die Hamburger Behörde in Haft gehalten.

Ausland.

Wien, 26. August. Das Wichtigste aus den gestrigen Landtagssitzungen ist, daß der mährische Landtag über den czechischen Protest zur Tagessordnung überging. Das Schriftstück selbst kam gar nicht zur Verlesung und man erfuhr nur die Unterschriften. Neben den Namen der Czechen glänzen auch die der zwei geistlichen Oberhäupter, nämlich die des Erzbischofs von Olmütz und des Bischofs von Biinn, sowie die der zwei Feudalen, des Fürsten Salm und des Grafen Egbert Belcredi, zwei schöne Paare. Unerlässlich wird der mährische Protest vom „Vaterland“ veröffentlicht. Derselbe zählt die aus den czechischen Journalen hinaufgänglich bekannten, vermeindlichen Beschwörungen auf, um zu folgendem Schlus zu gelangen:

„Wenn wir uns jetzt von den Verhandlungen des Landtages fernhalten, so wollen wir damit tatsächlich unsere Nichtübereinstimmung mit dem dermaligen Systeme und mit der gegenwärtigen Regierung zum Ausdruck bringen, sowie unsere Überzeugung, daß auf dem betretenen Wege eine gedeihliche Ausgleich und Ordnung unserer staatsrechtlichen Verhältnisse unmöglich ist. Unsere Hoffnung ist auf die Weisheit unseres allmächtigen Herrschers gerichtet, welcher in richtiger Auffassung der Bedür-

Preis in Stettin dreihundert 1 Thlr.
monatlich 10 Sgr.
zu Postalshofer Preis 1 Thlr. 7½ Sgr.
monatlich 12½ Sgr.
für Preisen vierzig, 1 Thlr. 5 Sgr.

nisse unseres Landes und Volkes jene Maßnahmen treffen wird, welche geeignet sind, daß auf dem Wege der Verständigung zu einer gesicherten, weil durch die Geschichte und das Recht gesegneten Landes- und Reichsverfassung gelangt werde. Wir werden zu einer solchen Verständigung gerne mitwirken, und wenn wir auch niemals an den Berathungen des gegenwärtigen Reichsrathes uns beteiligen werden, so sind wir jederzeit bereit, den Boden des Landtages zu betreten, sobald wir zu der Überzeugung gelangt seien werden, daß die Vereinbarung zwischen dem Landtage und der Krone sowohl rücksichtlich der Zusammensetzung des Landtages als rücksichtlich der Verfassung des Landes und Reiches zur Anerkennung des historischen Rechtes und zur Wahrung der Existenzbedingung des Reiches führen werde. Mittlerweile wird unser Volk die Folgen aller ohne seine Mitwirkung im Landtage und im Reichsrathe zu Stande gekommenen Gesetze, welche Sr. Majestät zu sanktionieren gerufen wird, mit jener Ergebung tragen, mit der es auch in den Tagen der schwersten Prüfung seine Treue und Ergebenheit gegen den legitimen Herrscher bewährt hat. Wir müssen aber unser Land und unser Volk gegen jede Gefährdung, welche die Rechte und die Selbständigkeit dieses Markgrafts im Reichsrathe und in diesem Landtage bereits erlitten haben und noch erleben werden, auf das Heiterste vertheidigen.“

Das von den Czechen erwähnte, die Vereinigung Böhmens, Mährens und Schlesiens garantirende, die Einsetzung einer verantwortlichen Landesregierung verhindernde, dem Kaiser Ferdinand abgedrungene, niemals ausgeschriebene Aprilspatent vom Jahre 1848, ist, wie der „Tagess. a. M.“ bemerkt, in seinem Vorhandensein gegenwärtig gar nicht nachweisbar.

Den gestörten Seelenfrieden unserer Welt soll, wie wir in einem vorigen Blatte lesen, Graf Adrass und der österreichische Generalkonsul in Belgrad, Herr v. Kallay, auf dem Gewissen haben. Beide genannte Herren sind nämlich nach Wien gereist, um bindende stipulationen zwischen der österreichisch-ungarischen und der serbischen Regierung für den Fall eines Zusammentreffens im Orient zu vereinbaren. Diesen kriegerischen Bestrebungen entgegen, wird eben anderseits der Reise des Herrn von Kallay nach Wien jeder politische Zweck abgesprochen.

Die Existenz eines russischen Exkulars über die Feier der Enthüllung des Polen-Monuments wird in unseren offiziösen Kreisen bestritten. Keinesfalls kann dasselbe aus Wiesbaden datirt sein, da sich Görtschakoff dort nicht aufhält. Allem Anschein gebührt dieser Nachricht dieselbe Bedeutung, welche die vor Kurzem von derselben Seite aufgestellte Behauptung beanspruchen kann, daß nämlich Russland und die Porte die Initiative ergrieffen hätten, um die Revision des Wiener Friedensstatutes durchzuführen. Letztere Nachricht hat sich bereits als eine Erfindung herausgestellt, da die Porte, weit entfernt, eine Revision des Pariser Vertrages zu befürworten, vielmehr alles daran setzt, denselben aufrecht zu erhalten.

Paris, 26. August. Der Minister Duruy hat eine Verordnung erlassen, der zufolge der junge Cavaignac und sein Freund Genet (letzterer wurde bekanntlich wegen des stürmischen Beslasses, welchen er dem jungen Cavaignac spendete, als dieser den ihm zugesprochenen Preis nicht in Empfang nehmen wollte, aus dem Lyceum verwiesen, worauf der junge Cavaignac austral) wieder in das Lyceum Charlemagne aufgenommen werden sollen. Es ist übrigens noch unbekannt, ob Cavaignac in das Lyceum zurücktreten wird. Es scheint, daß er seine Gymnasialstudien in einer Privatanstalt vollendet will.

Santer, der bei Gelegenheit der Einführung des Volks in Nîmes, worin die bekannte Wahlversammlung stattfand, verwundet wurde, liegt in den letzten Zügen.

Heute sprach das Zuchtpolizeigericht sein Urteil in der Affaire Bettino's der Demonstration auf dem Boulevard St. Michel, die bei Gelegenheit der Beschlagnahme der „Lanterne“ stattfand. Delaplace wurde zu 10 Tagen Gefängnis und Haure, Duvernay und Joanny jeder zu 50 Franken verurtheilt. Es sind bekanntlich Studenten, Kommis und ein Gutsbesitzer. Der Gerichtshof drückt dem Umstande, daß die Polizei mit vieler Brutalität auftrat, keine Rechnung. Außer der Nummer 13 der „Lanterne“ hat die Polizei auch noch 80,000 fr. für das Journal bestimmten Umlage saßt. Noch sofort will eine Entschädigung von 12,000 fr. dafür verlangen.

Die „Patrie“ zeigt an, daß am 5. Juli bereits zwei der von der französischen Regierung zur Verstärkung ihres Geschwaders in Japan abgeschickten Kriegsschiffe angelommen waren. Augenblicklich, meint sie, werde Frankreich dort wohl genug Streitkräfte besitzen, um allen Eventualitäten die Spitze bieten und die Stellung behaupten zu können, die es nach dem Kampfe von Simonofsi eingenommen.

London, 26. August. Die bis jetzt über die Beobachtungen der Sonnensterns eingelaufenen Nachrichten sind zwar nur sehr spärlich, sie zerstreuen aber die durch ein Telegramm aus Bombay hervorgerufene Furcht, daß die großartigen Vorberichtigungen gänzlich unauf gewesen seien. Fast gleichzeitig sind hier Telegramme von Major Tennant, welcher die von der Astronomical Society ausgeführliche Expedition leitete, und von Dr. Janssen, dem Haupt der französischen Expedition, eingetroffen. Dieselben bestätigen zwar gleichfalls das Faktum, daß zur Zeit der Beobachtung verschiedene Regenfälle fielen, stellen aber die Erfolge im Allgemeinen als günstig hin. Namlich das Telegramm von Major Tennant, welcher einen für diese Gelegenheit eigens konstruierten Newtonian Refractor mitgenommen hatte und mit der Auffertigung von sechs Photographien beauftragt war, lautet versprechend. Nachrichten von Lieutenant Herschel, welchem die spectroscopic Beobachtung oblag, sind noch nicht eingetroffen, werden aber stündlich erwartet.

Konstantinopol, 22. August. Der unglückliche Aufstand auf Kandia ist noch immer nicht zu Ende; wenigstens enthalten englische Blätter Aufzüge zur Unterstützung der Kranken und Verwundeten im Lager der Aufständischen. Ein Mitglied der LandesGeneralversammlung gibt in der „Times“ eine Art von militärischem Tableau. Das Hauptquartier ist gegenwärtig in der

